



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5705
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

16. April 2024

Mein Aktenzeichen
0102-0004#2023/0039-1401
MB.0008

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5930

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität vom 11. April 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zu

TOP 9) Kosten für den ÖPNV laufen aus dem Ruder - Wann kommen die zugesagten

Landesmittel?,

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU,

Vorlage 18/5512

zugesagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Diese Zusage ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen



In Vertretung

gez. Michael Hauer

(Staatssekretär)

1/4

Verkehrsanbindung

 Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“.  Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Sprechvermerk zu TOP 9) Kosten für den ÖPNV laufen aus dem Ruder - Wann kommen die zugesagten Landesmittel?, Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU, Vorlage 18/5512, Sitzung des AKEM vom 11. April 2024

Lassen Sie mich mit einer Gesamteinschätzung beginnen.

Wir haben fast überall im Land mit den Kommunen und den Zweckverbänden seit dem Jahr 2015 öffentliche Personennahverkehrs (ÖPNV)-Konzepte etabliert, die dafür gesorgt haben, dass wir allein bei den regionalen Linien einen Anstieg der gefahrenen Buskilometer von einer Million auf rund 33 Millionen Kilometer hatten.

Im Schienenpersonennahverkehr, also bei den gefahrenen Zugkilometern, hatten wir im Jahr 2018 etwa 38 Millionen Kilometer und können in diesem Jahr bereits rund 42 Millionen Kilometer verzeichnen.

Wir haben für viele Menschen in unserem Land den Zugang zu Mobilität deutlich verbessert. Mancherorts haben wir Bus und Bahn erstmals zu einer echten Alternative zum eigenen Auto gemacht. Gerade für Menschen, die sich nur schwer ein eigenes Auto leisten können, war das auch ein großer Fortschritt für die gesellschaftliche Teilhabe.

Wir können aber nicht davor die Augen verschließen, dass sich die Finanzierung öffentlicher Mobilität grundlegend verändert hat.

Inflationsbedingt sind Energie-, Bau-, Material- und Personalkosten enorm gestiegen.

Die Kosten für Energie und Personal zum Beispiel sind von 2022 auf 2024 um rund 25 Prozent angestiegen. Das schlägt sich auch in den Personalmehrkosten im privaten Busgewerbe nieder, an denen sich das Land in den Jahren 2022 bis, soweit Haushaltsgelder durch den Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellt werden, 2026 mit rund 22 Millionen Euro jährlich beteiligt.

Die Kosten bei den Buskilometern sind entsprechend bei den Neuvergaben von durchschnittlich 2,66 Euro im Jahr 2015 auf 3,94 Euro im Jahr 2024 gestiegen. Über einen Zeitraum von zehn Jahren sprechen wir von einer Kostensteigerung von knapp 50 Prozent. Die aktuell schwierige Finanzlage liegt auch daran, dass die Bundesregierung ihrer Ankündigung einer substanziellen Erhöhung der Regionalisierungsmittel nur unzureichend nachgekommen ist, obwohl sie nach Artikel 106 Grundgesetz dazu einen Auftrag hat.



Diesen Herausforderungen sehen sich natürlich auch die kommunalen Aufgabenträger gegenüber.

Bund, Land und Kommunen sind daher gemeinsam in der Pflicht, den öffentlichen Nahverkehr zukunftsfähig zu entwickeln und auch in einem fairen Lastenausgleich zu finanzieren.

Daher wird es unsere Aufgabe sein, in Anbetracht dieser Entwicklungen – die gleichermaßen auch die Kommunen betreffen – unsere Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen.

Dazu gehören auch die Standards, die dem Landesnahverkehrsplan (LNVP) zugrunde gelegt werden.

Im Hinblick auf das Thema der Mit-Finanzierung der lokalen Verkehre führen die zuvor genannten Entwicklungen dazu, dass sich dies zunächst auf die Fortführung der bestehenden Zwei-Mark-Regelung beschränken muss, soweit der Haushaltsgesetzgeber die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stellt.

Wobei wir darauf hinweisen müssen, dass wir mit den regionalen Hauptlinien, die das Land zu hundert Prozent finanziert, bereits heute Teile der ÖPNV-Verkehre in den Kommunen mitabdecken.

Zu Ihrer konkreten Frage nach einem Zeitpunkt für die Erstellung des LNVP kann ich nur sagen, dass wir mit einer Fertigstellung des Entwurfs noch für dieses Jahr planen. Zentrale Fragen der Finanzierbarkeit sind aber nach wie vor offen und befinden sich gemeinsam mit den Kommunen derzeit in Klärung.

Lassen Sie mich nun noch zum Tarifkonflikt ausführen. Grundsätzlich gilt: Tarifverhandlungen sind Sache der Tarifpartner. Es gilt die Tarifautonomie. Im Rahmen der Vereinbarung zwischen den Tarifvertragsparteien, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land konnte am 3. August 2022 ein Manteltarifvertrag im Busgewerbe abgeschlossen werden, der zum Beispiel zum ersten Mal die Bezahlung von Pausen- und Wochenendzeiten im Sinne der Busfahrer regelt. Kommunen und Land unterstützen die Busfahrer direkt jährlich mit jeweils 22 Millionen Euro.

Als Kernforderung steht derzeit ein Rheinland-Pfalz-Index im Raum. Ein solcher Index stellt eine reine statistische Größe zur Ermittlungen von Kostensteigerungen dar – und ersetzt nicht die Tarifverhandlungen im Busfahrergewerbe. Mehrkosten eines solchen Index müssen durch die Tarifparteien refinanziert werden. Wir werden entsprechende Handlungsoptionen für einen Index nun juristisch betrachten und gemeinsam mit den Vertretern der Kommunen als Aufgabenträger des ÖPNV bewerten. Dabei werden wir auch die von



beiden Tarifpartnern mitgetragene Vorschläge des Molo e.V. für einen Rheinland-Pfalz-Index mitberücksichtigen. Wir planen, Ergebnisse aus diesem Prozess in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Tarifparteien voraussichtlich bis zum Sommer vorzulegen und gemeinsam bezüglich einer Umsetzung zu diskutieren. Das Mobilitätsministerium wird entsprechende Gespräche führen und dazu einladen.

Die aktuellen Entwicklungen stellen uns vor große Herausforderungen. Dabei dürfen wir unsere Ziele jedoch nicht aus den Augen verlieren:

Wir brauchen einen klimaschonenden, nutzerfreundlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr.

Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen mit Nachdruck ein!